

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1912

6.10.1912 (No. 274)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

No 274

Sonntag, den 6. Oktober 1912

155. Jahrgang

Expedition:
Karl Friedrich-Straße Nr. 14 (Fernsprech-
anschluß Nr. 154), wofür auch Anzeigen
in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P;
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P
Einrückungsgebühr: die 6mal geteilte Zeitzeile oder deren Raum 25 P Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Druckfachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 27. September 1912 gnädigst bewogen gefunden, dem Expeditor beim Ministerium des Kultus und Unterrichts Konzeilarat August Weimar das Ritterkreuz zweiter Klasse mit Eichenlaub Höchstzweites Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 28. September 1912 gnädigst bewogen gefunden, dem königlich Schwedischen Flügeladjutanten und Storbettenkapitän Ericson (Hans) das Kommandeurkreuz zweiter Klasse Höchstzweites Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Die Vorbereitung zum höheren öffentlichen Dienst im Ingenieurbaufach betr.

Im Einverständnis mit dem Großh. Ministerium der Finanzen sind auf Grund des § 3 Abs. 2 der 10h. Verordnung vom 26. Juni 1906, die Vorbereitung zum höheren öffentlichen Dienst im Ingenieurbaufach betr., nachgenannte Diplomingenieure als Ingenieurpraktikanten aufgenommen worden:

1. Alfred Buchmüller aus Bruchsal,
2. Karl Ketterer aus Altmannsdorf,
3. August Kitz aus Sandweier,
4. Heinrich Wittmann aus Schwellingen.

Karlsruhe, den 1. Oktober 1912.

Großh. Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:

G. Lochner.

Dr. Jecht.

Nicht-Amtlicher Teil.

* Politische Wochenrückblicke.

Am 28. September sind in Berlin und Karlsruhe die geplanten Maßregeln zur Verringerung der Fleischsteuer veröffentlicht worden. Daß es sich hier um ein Nichtshandele, kann nur böswillige Fehdeabsicht behaupten. Es ist nicht nötig, nochmals die Erleichterungen aufzuzählen, die teils durch Ermäßigung der Eisenbahntarife geschaffen werden, teils in Grenzöffnungen für Fleisch und Vieh bestehen, die zu vollziehen innerhalb der Befugnis der bundesstaatlichen Regierungen liegt. Diese Maßregeln haben vorübergehenden und Ausnahmeharakter. Das gleiche gilt von dem dem Bundesrate vorzulegenden Gesetzentwurf, der auf die zeitweilige Herabsetzung der Zollsätze für frisches und gefrorenes Fleisch abzielt. Besonderer Wert ist darauf gelegt, daß die Erleichterungen und Ermäßigungen wirklich denen zugute kommen, für die sie bestimmt sind, nämlich den Verbrauchern und Viehhältern. Zu dem Zwecke ist namentlich die aktive Mitwirkung der Gemeinden vorgesehen; Bereitwilligkeitserklärungen liegen von dieser Seite bereits vor.

Die Streitkräfte der Staaten Montenegro, Serbien, Bulgarien und Griechenland sind mobil gemacht worden. Der Befehl zur Mobilmachung ist allgemein, unbekannt ist aber, wie weit die Mobilmachung tatsächlich bisher vorgeschritten ist. Auf türkischer Seite ist der Befehl zur Mobilmachung nicht allgemein und in Rumänien war bis zum Freitag überhaupt kein Befehl zur Mobilmachung erlassen. Der diplomatische Verkehr zwischen den gegnerischen Mächten war noch nicht abgebrochen und von Ultimaten ist zwar viel geschrieben worden, doch ist ein solches bisher nicht gestellt. Einer diplomatischen Anforderung an die Pforte wegen der Behandlung fremdländischer Kriegsmaterials schrieb man zeitweilig besondere Bedeutung zu, doch ist die darin gestellte Frist verstrichen, ohne daß ein sensationelles Ereignis erfolgte. Die Entwicklung der Dinge wird offenbar durch ganz andere Umstände bestimmt. Ein wichtiger Umstand ist die militärische und finanzielle Bereitschaft der vier parallel vorgehenden Balkanstaaten oder richtiger das Gefühl der Bereitschaft und der Stärke, das sie gegenüber der osmanischen Heeresmacht haben. In der Abwägung der taktischen Erfolgsmöglichkeiten gegenüber der Türkei muß der seit dem Freitag ernstlich in Betracht kommende Friedensabschluß zwischen diesem Reiche und Italien eine nicht geringe Rolle

spielen. Zweifellos hat die Türkei durch die Anbahnung des Friedens mit dem bisherigen Gegner größere Handelsfreiheit auf dem Balkan gewonnen. Doch liegen bisher keine sicheren Anzeichen vor, daß die Türkei diese Freiheit im Sinne des Krieges anwenden wird. Ein anderer wichtiger Umstand ist das Verhalten der Großmächte. Allgemein wird angenommen, daß die Stimme Italiens sofort nach der grundsätzlichen Beendigung des Krieges zugunsten der Türkei und des status quo in die Waagschale fallen wird; das kommt zu der taktischen und moralischen Wirkung des Friedens hinzu. Hauptbeteiligte Großmacht ist Italien allerdings nicht; als solche können nur Österreich-Ungarn und Rußland bezeichnet werden. Diese beiden Mächte müssen sich also zunächst verständigen. Ob es schon geschehen ist, steht dahin. Der Schein spricht dafür, daß es nicht sofort gelungen ist, eine volle Einmütigkeit herzustellen. So lange die vier Balkanstaaten mit einer Uneinigkeit unter den Großmächten rechnen konnten, war es begreiflich, daß die Mahnungen der Mächte zum Frieden nicht sofort auf guten Boden fielen. Daß solche Mahnungen erfolgt sind, gilt als ausgemacht. Natürlich durften sie nicht einseitig an die türkische Adresse gerichtet werden, zumal da die Türkei eine weniger bedrohliche Haltung einnahm als die Balkanstaaten. Auch mit dem Gedanken einer Konferenz konnte man in diesem Augenblick nichts ausrichten. Die über diesen Plan vorbereiteten Meldungen sind abwegig. Angesichts von Kriegsgefahr und Kriegsdrohung kann man die Aktionsfreiheit einer Macht, wie die Türkei ist, nicht durch eine Konferenz einschnüren. Der Konferenzplan ist wohl schon nach einem Kriege verwirklicht worden, er entspricht aber nicht der gegenwärtigen Sachlage. Mehr hat der Gedanke für sich, daß die Großmächte gegenüber den Balkanstaaten Gesamtgarantien für die Durchführung der als notwendig erkannten Reformen in den europäischen Provinzen der Türkei übernehmen. Die Türkei müßte dann ihrerseits Sicherheit für die Maßregeln geben. Ganz leicht dürfte das nicht zu erreichen sein, denn es erscheint unmöglich, der Türkei zuzumuten, den von der Presse den Balkanstaaten zugeschriebenen Wunsch zu erfüllen, schweizerische oder belgische Bezirksvorsteher in einer ihrer Provinzen zuzulassen. Ohne Krieg ist der Türkei schwerlich die Zustimmung zu einer solchen Maßnahme abzutrotzen. Sind doch auch die europäischen Gendarmerieoffiziere in Mazedonien seit der türkischen Staatsumwälzung verschwunden. Der Übernahme von Gesamtgarantien der Großmächte stellen sich also Schwierigkeiten entgegen, aber es ist nicht unmöglich, daß sie behoben werden. Ebensovienig ist, falls der Krieg doch zum Ausbruch käme, die Lokalisierung unmöglich. Es ist behauptet worden, die Alternative könne nur lauten: entweder überhaupt nicht Krieg oder Hineinziehung der Großmächte in den Krieg; eine Zwischenstufe gebe es nicht. Das heißt vornehmlich urteilen. Bei dem italienisch-türkischen Kriege ist es tatsächlich gelungen, den Kampf auf die streitenden Parteien zu beschränken; es ist nicht abzusehen, warum das auf dem Balkan von vornherein ausgeschlossen sein soll. Bei normalem Verlaufe der Dinge würden wohl noch ein paar Tage vergehen, bis die Öffentlichkeit von bestimmten Formulierungen der Ansichten der Großmächte erfährt. Deutschland steht bei diesen Entscheidungen nicht im Vordergrund. Von Berlin sind weder maßgebende Meldungen noch Meinungsäußerungen zu erwarten. Das Deutsche Reich ist aber bereit, alle Schritte mitzumachen, die geeignet sind, dem Frieden zu dienen und die Einigkeit der Großmächte herzustellen. Überdies hat die „Nordd. Allg. Ztg.“ eine beruhigende Kundgebung veröffentlicht, die als eine Regierungserklärung angesprochen werden kann. Darin wird der Ernst der Lage — es war am Mittwoch — zugegeben, zugleich aber die zuverlässige Erwartung ausgesprochen, daß zum mindesten eine Verwicklung, in die die europäischen Großmächte hineingezogen werden könnten, vermieden bleibt. Die Bedeutung einer zweiten Regierungserklärung im Sinne der Beruhigung kann der Abreise des Reichskanzlers nach Rinderhof in Oberbayern beigemessen werden.

Die Erörterung über die Nachfolge des Botschafters Marschall v. Bieberstein ist durch die Balkanereignisse zurückgedrängt worden. Es scheint, daß die Entscheidung über die Person des Nachfolgers nicht fallen wird, solange der Kaiser in Rominten weilt. Marschall v. Bieberstein

wäre, wenn der Tod ihn nicht abberufen hätte, wohl erst im Mitte Oktober von Deutschland nach London zurückgekehrt, um sich mit frischen Kräften seinen wichtigen Aufgaben zu widmen. Schon daraus ergibt sich, daß die Besetzung des Postens, der durch den Trauerfall verwaist ist, nicht gleich am nächsten Tage erfolgen mußte.

Die Prinzessin Heinrich von Preußen wird ihrem über Sibirien heimkehrenden Gatten entgegen fahren und mit ihm zusammen in die Heimat zurückkehren. Prinz Heinrich war der Vertreter des deutschen Kaisers und des deutschen Volkes bei der Trauerfeier Japans für seinen toten Mikado. Die Reise hatte einen zeremoniellen, nicht im engeren Sinne einen politischen Charakter. Der Prinz hat dann Tsingtau, das ihm von früher bekannte, aufgesucht. Auch der deutsche Gesandte bei der chinesischen Republik ist von Peking nach Tsingtau herübergekommen; der Prinz hat also Gelegenheit gehabt, sich durch den eigenen Augenschein und durch die Berichte anderer, über die Entwicklung unseres Schutzgebietes und der Reiche des äußersten Ostens zu informieren.

In Schwarzburg-Rudolstadt läuft neben dem größeren Konflikt zwischen Regierung und Landtag ein kleinerer einher, der allerdings mit jenem in engem Zusammenhang steht. Bei der Wahl des Landtagspräsidenten hatten die beiden bündlerischen Abgeordneten Kirsten und Krieger dem Sozialdemokraten ihre Stimme gegeben. Diese Tatsache wurde alsbald von der Presse aufgegriffen und mit deutlichen Hinweisen auf die Inkongruenz der scharf antisozialdemokratischen Stellung der Zeitung des Bundes der Landwirte und dem Tun dieser beiden Bundesmitglieder erörtert. Die Bundesleitung, die von der Angelegenheit erfuhr, besann sich nicht lange: sie schloß die Herren Kirsten und Krieger aus dem Bunde aus. Der Landesverband Schwarzburg-Rudolstadt des Bundes erklärte sich jedoch mit den Ausgestoßenen für solidarisch, legte sein Amt nieder und drohte mit dem Austritt, wenn der Ausschluß nicht zurückgezogen würde. Es wird nun Aufgabe der Bundesleitung sein, von neuem zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen. Der Ausschluß ist in den Wäldern der verschiedenen Parteirichtungen verschieden beurteilt worden. Einzig steht jedenfalls fest: das Vorgehen der Berliner Zeitung ist logisch und konsequent. Ein Verband, der so entschieden die Sozialdemokratie bekämpft, kann es nicht dulden, daß seine Angehörigen für einen Präsidenten stimmen, der dieser Partei angehört.

Wie sehr die Parteien darauf halten, daß ihre Mitglieder sich der Parteidisziplin unterwerfen, beweist auch das Vorgehen gegen die schlesischen Freunde und Anhänger des bereits ausgeschlossenen Grafen von Oppersdorff. Diese streng konfessionell-katholische Richtung gruppiert sich um das vom Pfarrer Nieborowski geleitete Blatt „Das katholische Deutschland“ und findet ihren parteinmäßigen Ausdruck in der Vereinigung „Katholische Aktion“. Ihre Politik bezweckt positiv die einseitige Betonung des katholisch-konfessionellen ohne Rücksicht auf die evangelische Schwesterkonfession und ist negativ auf den Kampf gegen die augenblicklich im Zentrum hervortretenden Bestrebungen der interkonfessionellen Duldsamkeit eingestellt. Nunmehr hat der Parteitag des schlesischen Zentrums sich einmütig entschlossen, das Tischstuch zwischen dieser Richtung und der eigenen Partei zu zerschneiden, indem er eine Resolution faßte, die eine fernere Zugehörigkeit der Mitglieder der „Katholischen Aktion“ mit der Mitgliedschaft zur Zentrumsparlei für unvereinbar erklärt. Von den meisten führenden Zentrumsblättern, die ja alle der sogenannten „Kölner Richtung“ angehören, wird dieser Entschluß teils lebhaft, teils stillschweigend gebilligt.

In Weimar fand in der vergangenen Woche ein nationalliberaler Frauentag, der erste dieser Art, statt. Aus allen Teilen Deutschlands beschied, nahm er — nach den Berichten der Presse — einen erfolgreichen Verlauf. Von den Rednern und Rednerinnen wurde betont, daß die Mitarbeit und Teilnahme der Frauen am politischen und parteipolitischen Leben heute notwendiger sei, denn

je. Damit, daß die politisch rührigen Frauen ihre Tätigkeit im Rahmen einer Partei ausüben, verschreiben sie sich unseres Erachtens einer gewissen Einseitigkeit des Urteils, während die Mitarbeit der Frau doch gerade durch die größere Unbefangenheit und Voraussetzungslosigkeit des weiblichen Geschlechts ihren besonderen Reiz erhält. Andererseits zeigt der national-liberale Frauentag, wie eifrig die Parteien bestrebt sind, alle Kräfte des Volkes für sich mobil zu machen. Die allgemeine Zerklüftung wird dadurch natürlich nur noch vergrößert. Denn es muß festgehalten werden, daß unter dem Zwang der Parteidogmen eine jede Partei nur immer einen Ausschnitt aus dem gesamten politischen Leben darstellt, und daß ihre Betrachtungsweise naturgemäß am Mangel der Einseitigkeit krankt, ein Umstand, der aber keine Partei hindert, diese ihre eigene Betrachtungsweise für die einzig richtige zu halten.

Die Enquete-Kommission der Zweiten Kammer des badischen Landtags ist am gestrigen Freitag wieder zusammengetreten, um die in der Herbstnachsession zu erledigende Gesetzesvorlage über die Errichtung des Murgkraftwerks zu beraten. Nach Entgegennahme des Berichts über die Vorlage beschloß die Kommission, am Mittwoch und Donnerstag der nächsten Woche eine Besichtigung des Murgtals und der oberhessischen Kraftwerke vorzunehmen.

* Die Balkankrise.

Über die letzten Ereignisse auf dem Balkan liegen heute folgende Meldungen vor:

Konstantinopel, 4. Okt. Das unter Konstantinopel zugegangene Telegramm über die Einziehung einer angeblichen Kriegsklausel des Muharremdekretes, wonach im Kriegsfall alle Einnahmen des Schuldenzinses in den Staatskassen fließen, beruht auf Mythisierung. Das Muharremdecret, das die Grundlage für die türkische Staatsschuld bildet, enthält keine derartige Klausel. Es stellt vielmehr ausdrücklich fest, daß die dem Dienst der türkischen Staatsschuld überwiesenen Einnahmen für diesen Zweck durchaus ununterschiedlich bis zur völligen Tilgung der Schuld verwendet sind. Im übrigen hat die Dette Publique nach gestern größere Beträge nach Berlin für den Dienst ihrer verschiedenen Anleihen überwiesen, deren im nächsten Monat fällige Kupons heute so gut wie getilgt sind. Die Nachricht von einem Verbot der Abreise der griechischen Untertanen scheint auf einem Mißverständnis zu beruhen. Auf den Schritt des griechischen Gesandten gab der Großwesir den Befehl, die griechischen Untertanen abreisen zu lassen. Mehrere sind bereits abgereist. Nachdem die griechische Gesandtschaft mehrere Depeschen erhalten hat, die sie nicht zu entschlüsseln vermochte, beginnen die Depeschen wieder in verständlicher Form einzulaufen.

Konstantinopel, 4. Okt. Bei den heutigen Demonstrationen vor dem Palast des Sultans äußerte der Sultan: „Ich bin zufrieden, den Patriotismus der Kinder des Vaterlandes zu sehen. Das Osmanentum wird niemals vernichtet werden!“ Vor der italienischen Botschaft kam es zu italienfeindlichen Kundgebungen. Gelegentlich des gestrigen Empfangs der Minister äußerte der Sultan: „Ich hoffe, daß Ihr die Würde des Reiches verteidigen werdet. Ich habe das Vertrauen, daß unsere Arme ihre Pflicht tun wird.“ Die Begeisterung der Muselmanen ist in ständigem Wachsen begriffen. Die feindseligen Kundgebungen richten sich besonders gegen Bulgarien und Griechenland. Die Presse führt eine überaus kriegerische Sprache. „Tanin“ sagt, man dürfe nicht den Angriff Bulgariens abwarten, sondern müsse Garantien dafür verlangen, daß Bulgarien ruhig bleibt, widrigenfalls müsse man die Grenze überschreiten. Wie aus Uestüb berichtet wird, haben sich alle Albanesen vom 17. bis zum 15. Lebensjahre freiwillig zur Verteidigung des türkischen Reiches verpflichtet. Aus Anatolien haben sich 5000 Girkassier mit Pferden freiwillig zur Teilnahme am Krieg gemeldet.

Konstantinopel, 4. Okt. Der Minister des Außern erhielt die Mitteilung, daß Bulgaren in Warna gegen die dortigen Türken Ausschreitungen begehen und sie zwingen, statt des Hezes einen Hut aufzusetzen. Der Mufti wurde geschlagen, ein Händler schwer verletzt. In Aidos (Bulgarien) wurde ein mohammedanisches Dorf geplündert und vier Türken ermordet. — Der Postdienst nach Bulgarien ist eingestellt, alle Kabel sind unterbrochen. Die militärische Depeschensensur ist so streng, daß die öffentliche Meinung in der Hauptstadt über die internationalen und provinziellen Vorgänge nur mangelhaft unterrichtet ist. — Bei Timros hat ein Gefecht zwischen Bulgaren u. Türken stattgefunden. In beiden Fällen seien die Türken siegreich gewesen.

Konstantinopel, 4. Okt. Nach einer Blättermeldung hat eine bulgarische Truppenabteilung die türkische Ortschaft Kovacs, die etwa 15 Kilometer von der Grenze entfernt liegt, bereits besetzt.

Sofia, 4. Okt. Die Forderungen der vereinigten Balkanmächte lauten in gemildeter Form auf die Ernennung nicht türkischer Gouverneure für die christlichen Vilajets. Ferner sollen Mazedonien und die anderen europäischen Provinzen einen eigenen Landtag wählen.

Sofia, 4. Okt. Die Ag. Bulg. bezeichnet die im Ausland verbreiteten Meldungen von Angriffen bulgarischer Truppen auf türkische Truppen in den Distrikten Razit, Dschumbala und Nopdjos als vollkommen unbegründet.

Belgrad, 4. Okt. Die alarmierenden Nachrichten über blutige Kämpfe zwischen serbischen und türkischen Truppen an der serbisch-türkischen Grenze entbehren jeglicher tatsächlichen Grundlage.

Paris, 4. Okt. Der russische Minister Sazanow und Ministerpräsident Poincaré sollen gemeinsam eine Note ausgearbeitet haben, die den Großmächten vorgelegt wird, um nach gemeinsamer Vereinbarung der Pforte unterbreitet zu werden.

Paris, 4. Okt. Der „Temps“ bestätigt, daß Ministerpräsident Poincaré die Botschafter Frankreichs bei den Großmächten beauftragt habe, die Dringlichkeit einer gemeinsamen und doppeften Aktion zu betonen, welche in den Hauptstädten der Balkanstaaten im Hinblick auf den Frieden und in Konstantinopel im Hinblick auf die Durchführung der mazedonischen Reformen zu unternehmen wäre. Die französische Regierung lasse in ihrem Vorschlag zwei Hypothesen zu: Eine gemeinsame Aktion oder eine österreichisch-russische Aktion im Namen der Großmächte.

Wien, 4. Okt. Eine zuständige Stelle bestätigt auf eine Anfrage, daß Österreich bereit ist, mit Rußland als der am Balkan zunächst mitinteressierten Macht gemeinsam alles aufzubieten, um den Frieden auf dem Balkan zu erhalten.

Die Streitkräfte Bulgariens, Serbiens und Griechenlands.

Angeichts des Ernstes der Lage ist es interessant, einen Blick auf die Heereseinrichtungen einiger Balkanstaaten zu werfen. Die bulgarische Armee umfaßt gegenwärtig im Frieden 36 Infanterieregimenter zu 2 Bataillonen mit je 1 Maschinengewehrkompanie, 9 Feldartillerieregimenter, 3 Gebirgsartillerieregimenter und 3 Bataillone Festungsartillerie, 9 Pionierbataillone, ferner 1 Eisenbahnbataillon mit Luftschiffer-, Automobil- und Scheinwerferabteilungen. Im Mobilmachungsfalle werden aus diesen Friedensformationen 18 Divisionen und 1 Kavalleriedivision zu je 2 Brigaden formiert. Bewaffnet ist die bulgarische Infanterie mit einem Schnellfeuergewehr, dem österreichischen Mannlichergewehr Modell 88. Die Feld- und Gebirgsartillerie führt seit 1907 das Modell Kreuzot. Die Maschinengewehrkompanien sind mit Maschinengewehren Modell Maxim ausgerüstet. Die Entwicklung der bulgarischen Armee ist seit dem Regierungsantritt des Zaren Ferdinand in einem ruhigen, gleichmäßigen Tempo vorgedrungen. Infolgedessen bildet das bulgarische Heer mit seinen 350 000 im Mobilmachungsfalle starken Streitkräften einen wichtigen Nachfaktor auf dem Balkan. — Das serbische Heer ist im Frieden in fünf Infanteriedivisionen mit zwanzig Infanterieregimentern zu je drei Bataillonen, eine Kavalleriedivision mit vier Regimentern, fünf Feldartillerieregimentern mit je neun Batterien, ein Gendarmenartillerieregiment zu sechs Bataillonen, ein Regiment Festungsartillerie und zwei Bataillone Genietruppen eingeteilt. Die Gesamtstärke des serbischen Heeres erreicht im Mobilmachungsfalle mit den Mannschaften des 1. und 2. Aufgebots etwa 180 000 Mann. Die Infanterie ist mit dem Magazingewehr Modell Mauser 98, die Artillerie mit Schnellfeuergechützen Modell Schneider-Kreuzot ausgerüstet. — Die griechische Armee gliedert sich im Frieden in drei Divisionen, jede zu 2 Brigaden Infanterie zu je drei Bataillonen, davon ein Bataillon Kavalerie, zwei Bataillone Ezonen, ein Regiment Kavallerie zu sechs Eskadronen, ein Regiment Artillerie zu zwölf Batterien, ein Bataillon Genie zu vier Kompanien. Im Kriegsfall besteht das Heer aus den drei im Frieden vorhandenen Divisionen und einer Anzahl Reserve- und Territorialarmeeabteilungen. Die Gesamtstärke des mobilen Heeres beträgt 192 000 Mann, wovon auf das stehende Heer und die Reserve 115 200, auf die Territorialarmee 76 800 Mann entfallen. Die Infanterie ist bewaffnet mit dem Gewehr Mannlicher-Schönauer, Kaliber 6½ mm, die Artillerie mit Schnellfeuergechützen System Schneider-Kreuzot für die Feldartillerie, System Schneider-Kreuzot-Dangli für die Gebirgsartillerie.

* Innerpolitische Übersicht.

Der Ausbruch des Deutschen Museums.

Hielt am Donnerstag vormittag unter dem Vorsitz des Prinzen Ludwig von Bayern in der Münchener Akademie der Wissenschaften seine neunte Sitzung ab. In Vertretung der Reichsregierung war Staatssekretär Dr. Delbrück erschienen, in Vertretung der bayerischen Staatsregierung Staatsminister Freiherr v. Knilling und Freiherr v. Soden. v. Knilling begrüßte als Ehrenpräsident die Anwesenden im Namen der bayerischen Staatsregierung. Sodann gab Reichsrat Dekar v. Miller den Haushaltungsplan bekannt. Dr. Hermann Wlohm verkündigte die Stiftung eines Planetariums, Geheimrat Dr. Busley übergab im Namen von 32 deutschen Schiffreedern dem Deutschen Museum ein kunstvoll ausgeführtes Modell der „Victory“, des englischen Flagggeschiffes in der Schlacht bei Trafalgar. Die Versammlung beschloß, im Ehrensaal des Deutschen Museums Ferdinand Schichau-Elbing sein Denkmal zu setzen; ferner wurde beschlossen, der Kaiser Wilhelm-Stiftung das Recht einzuräumen, ein Mitglied in den Vorstand zu senden. An Stelle des Vorsitzenden des Vorstandes Regierungsrat Professor Dr. Klein wurde Geheimrat Czeglény v. Seigel gewählt. Prinz Ludwig sprach in seinem Schlusswort u. a. von der hohen Vollendung, die der Schiffbau gefunden habe. Er sagte: Wir müssen trachten, daß der Schiffbau auf der Höhe der Zeit bleibt, sei es für die Handels-, sei es für die Kriegsschiffe, daß, wenn jemals das Deutsche Reich wieder in einen Krieg verwickelt werden sollte, wir, wie im letzten Kriege zu Lande, im Seekriege Vorbeeren an seine Flaggen heften. Es ist schon anfangs erwähnt worden, daß der Prinzregent das größte Interesse an dem Gedeihen des Museums nimmt; ich erwähne als neueste Tatsache, daß er sein Bronzebild dem Museum geschenkt und veranlaßt hat, daß der Kaiser ebenfalls sein Bronzebild dem Museum schenkte. Dadurch haben diese beiden hohen Freunde, denen das Museum so viel verdankt, und die beide bei der Grundsteinlegung anwesend waren, einen neuen Beweis gegeben, wie sie sich für uns interessieren. Ich bitte Sie, mit mir einzustimmen: Die beiden hohen Herren leben hoch. — Der Aufforderung wurde freudig Folge gegeben.

Zur Fleischsteuerung.

Die Zweite Württembergische Kammer nahm einen Antrag auf Revision des § 12 des Fleischbeschaugesetzes mit 46 gegen 38 Stimmen an; sie lehnte die Aufhebung der Futtermittelzölle mit 44 gegen 40 Stimmen ab. Minister des Innern v. Bischof erklärte, daß bei Erneuerung der Handelsverträge die Frage, ob die Futtermittelzölle noch aufrechterhalten bleiben sollen, ernstlich zu erwägen sein werde. — In seiner schon kurz gemeldeten Antwort auf eine sozialdemokratische Interpellation über die Fleischsteuerung erklärte der Minister des Innern v. Bischof, die württembergische Regierung habe sich in Berlin für die Aufhebung der in § 12 des Fleischbeschaugesetzes enthaltenen Beschränkungen der Fleischzufuhr verwandt, trotzdem ihr das die Sozialdemokratie durch sinnlose Strafenkündigungen erschwert habe. Der Vorschlag habe aber bei der Reichsregierung und in Preußen entschiedenen Widerspruch gefunden. Die württembergische Regierung wolle deswegen zunächst die Wirkung der inzwischen getroffenen anderweitigen Maßnahmen abwarten und könne so zurzeit einen Antrag auf Änderung des § 12 im Bundesrat nicht stellen, auch nicht für die Aufhebung der Zölle auf Vieh, Fleisch und Futtermittel eintreten.

Der Magistrat von Berlin gab am Freitag zugleich namens der Vorortgemeinden größere Fleischlieferungen in Rußland in Auftrag, welche voraussichtlich nächster Woche beginnen werden. Es handelt sich um frisches Schweine- und Rindfleisch.

Die 25. Generalversammlung des Evangelischen Bundes in Saarbrücken ist aus allen Teilen des Reiches sehr zahlreich besucht. Der Grundgedanke soll nach dem von der Leitung angegebenen Programm sein: „Schutz der gemeinsamen Güter des Protestantismus“. Dieses Thema behandelten in der heutigen geschlossenen Abgeordnetenversammlung drei Vorträge, in denen Superintendent D. Waackler aus Halle diese Gemeinsamkeit auf religiös-sittlichem Gebiet, Pfarrer D. Baiz aus Darmstadt auf kulturell-geistigem Gebiet, Professor v. Scholz aus Berlin auf national-politischem Gebiet erörterten. Die Vorträge wurden mit großem Beifall aufgenommen. Unter lebhafter einmütiger Zustimmung sagte Direktor Everling das Resultat dahin zusammen, daß die Entwicklung von fünfundsiebenzig Jahren das Bundesprogramm gerechtfertigt habe. An den Kaiser wurde folgendes Telegramm gerichtet: Eurer kaiserlichen und königlichen Majestät bringt die 25. Generalversammlung des Evangelischen Bundes von der Stätte, wo das erste Gelübde des großen Krieges geschlossen ist, den Ausdruck ehrerbietigster Huldigung, unentwegter deutscher Treue und Anhänglichkeit dar. Das Präsidium des Evangelischen Bundes gen. Generallieutenant z. D. v. Löffel.

Die preussischen Bischöfe gegen das Jesuitengefetz. Die Denkschrift der preussischen Bischöfe ist, wie die „Kölnische Zeitung“ mitteilt, von sämtlichen Bischöfen, aber nicht auch von den bayerischen, unterzeichnet. Sie weist unter Bezugnahme auf die Denkschriften von 1872 und 1890 alle Vorwürfe gegen den Jesuitenorden zurück. Seine Statuten blieben ganz im Rahmen der kirchlichen Lehre. Das Jesuitengefetz bedeutet eine Rechtsverletzung. Die Jesuiten seien nicht Störer des konfessionellen Friedens, sondern Vertreter der eigenen Konfession, wozu sie berechtigt seien im Hinblick auf die Organisationen, die die Evangelisierung der Katholiken zur Aufgabe hätten. Die sogenannte öffentliche Meinung dürfe, da sie künstlich erzeugt werde, nicht bei dem Urteil über die wohlverordneten Rechte des Ordens herangezogen werden. Missionen seien nicht die Tätigkeit von Orden; sie seien auch nicht den Jesuiten eigentümlich. Zum Schluss spricht die Denkschrift die zuverlässliche Erwartung aus, daß der Bundesrat der Aufhebung des Gesetzes zustimmen wird.

Zu den letztgemeldeten Vorgängen in Südwestsafrika sind von amtlicher Seite folgende ergänzende Nachrichten eingegangen: Ende September wurde der Reiter Müller auf der Suche nach entlaufenen Pferden in den Dünen östlich von Sumero erschossen. Gewehr und Patronen waren ihm abgenommen, das Pferd Müllers jedoch nicht mitgenommen, sondern an einen Baum gebunden worden. In der Nähe lag ein frisch geschossener Strauß. Der Vorfall ist bis jetzt nicht aufgeklärt. Nach den Spuren kommen indessen Kopperleute nicht in Betracht. Nach den Aussagen anfangs September gefangener Sottentotten sind wahrscheinlich noch mehr Eingeborene zur Jagd über unsere Grenze gezogen. Beim Abstreifen des in Betracht kommenden Geländes wurden in den letzten Tagen an einzelnen Stellen der Grenze ältere und neuere Sottentotten Spuren festgestellt, doch liegt nach Ansicht des Gouvernements irgend ein Grund zur Beunruhigung nicht vor.

Keine Verfassungsänderung in Bayern. Wie die Korrespondenz Hoffmann meldet, entbehren die Aufregungen mehrerer Blätter über eine angeblich bevorstehende Änderung der Verfassung in Bayern jeder tatsächlichen Grundlage.

Der fortschrittliche Parteitag in Mannheim hat am Freitag abend 8 Uhr mit einer vertraulichen Vorbesprechung der Delegierten begonnen.

* Zeitungsstimmen.

Unter der Überschrift Rücktritt oder Austritt lieft man in der „Post“ folgende Zeilen an den Verein für das Deutschtum im Ausland:

„Es rief seinerzeit bereits allgemeine Entrüstung in nationalen Kreisen hervor, als das „Berliner Tageblatt“ mit einer Empfehlung des Vereins für das Deutschtum im Ausland für seine Wochenausgabe Klame machen konnte. Der Wortlaut jenes Schreibens aber war nicht bekannt. Jetzt erfährt man aus dem Wortlaut, daß der Vorsitzende dieses Vereins aus eigenem Antrieb, ohne durch das „Tageblatt“ dazu veranlaßt zu sein, seine Genugtuung über die Gründung der Wochenausgabe ausgesprochen und zu gleicher Zeit die Dienste des Vereins zur Verbreitung dieser Wochenausgabe angeboten hat. Das ist eine Tat gegen die Erhaltung des Deutschtums im Ausland.“

vor einigen Tagen veröffentlichte Prinz Hohenzollern in einer angesehenen Monatschrift einen Artikel über Sympathien und Antipathien für und gegen das Deutschtum im Ausland. In diesem Aufsatz hob der Prinz Hohenzollern mit deutlichen Hinweis auf das „Berliner Tageblatt“ ausdrücklich hervor, daß Blätter wie das „Berliner Tageblatt“, die leider auch im Ausland verbreitet seien, durch ihre zersetzende, hämische und und spöttische Besprechung aller deutschen Verhältnisse dem Ansehen des Deutschtums außerordentlich schaden. Ein anderer nationaler Politiker nannte das „Berliner Tageblatt“ einen „Schädling des Deutschtums“. Nun aber müssen wir erleben, daß der Vorsitzende jenes Vereins, der sich die Erhaltung des Deutschtums im Ausland zur Aufgabe gestellt hat, ausgerechnet diesem Schädling des Deutschtums die Dienste des Vereins zu seiner Verbreitung zur Verfügung stellt. Nicht peinlich wirkt in diesem Zusammenhang auch die Behandlung, die der Fall seinerzeit auf der Lübecker Hauptversammlung des Vereins fand. Man hat dort nicht den Mut gehabt, den Fehler offen einzugehen und wieder gutzumachen, sondern sich bemüht, ihn in jeder Weise zu mildern und zu vertuschen. Wäre in Lübeck der Wortlaut des Briefes bekanntgeworden, so würde die Hauptversammlung wohl zu einer ganz anderen Entscheidung gekommen sein. Immerhin ist die Hauptversammlung von dem Schreiben des Vorsitzenden deutlich abgerückt, nachdem erklärt worden war, das Schreiben sei ohne Wissen des Vorstandes ausgestellt worden. Nach unserer Ansicht müßten die Mitglieder des Vereins aus dieser Sachlage zwei Folgerungen ziehen: Entweder tritt der Vorsitzende, der es so wenig versteht, die wahren Aufgaben des Vereins zu fördern, von seinem Platz zurück, oder die Mitglieder treten aus einem Verein aus, der seine Aufgabe darin sieht, einen Schädling des Deutschtums zu unterstützen und im Ausland zu verbreiten.“

Der „Reichsbote“ stellt ebenfalls mit Stauern fest, wie sehr er sich bei der ersten Beurteilung zugunsten des ersten Vorsitzenden, Staatsminister a. D. v. Sertig, geirrt hat.

Damals nahmen wir an — da wir uns nicht denken konnten, daß ein hoher ehemaliger Staatsbeamter sich aus freien Stücken an dies internationale Organ gewendet hätte —, derselbe hätte in Unkenntnis oder Gutmütigkeit einem Ansuchen des Blattes Folge geleistet und ihm seine Empfehlung für die Wochenausgabe in Aussicht gestellt. . . . Heute erscheint die Sache leider durch die Veröffentlichung der Briefe in einem ganz anderen Licht. Es ist keine Privatäußerung des ersten Vorsitzenden gewesen, wie man damals glauben machen wollte, sondern eine offizielle Äußerung des Hauptvorstandes, dessen Kopf auch der Briefbogen trug. Der einleitende Brief schließt: „Wenn unser Verein damit seinen Bestrebungen dienen kann, würde er gern bereit sein, in seinen Organen und durch seine Beziehungen zum Ausland die Verbreitung Ihres Blattes zu fördern und seinem Inhalt geeigneten Stoff laufend zuzuführen. Wir stellen ergebenst anheim, falls es Ihnen genehm ist, mit uns in Verbindung zu treten. Verein für das Deutschtum im Ausland e. V. Der Hauptvorstand. (Unterschrift).“ — Wir vergleichen mit größtem Bedauern diese Falschheit und warten ab, ob nunmehr ernstere Maßnahmen ergriffen sind, um Wiederholungen zu verhindern.“

* Ausland.

Vor dem Friedensschluß.

Genf, 5. Okt. Nach einer Meldung des „Journal de Geneve“ aus Dschid ist die Übereinstimmung zwischen den Delegierten über die Hauptpunkte des Friedensschlusses vollständig, doch kann der Friede, da er noch nicht unterzeichnet ist, nicht als geschlossen betrachtet werden. Die offiziellen Unterhändler sind abgereist, um ihren Regierungen den Entwurf zu unterbreiten.

Konstantinopel, 4. Okt. Der Minister des Äußern, Noradunghian, erklärte beim Verlassen des Ministerrats, daß der Waffenstillstand mit Italien in einigen Tagen zu erhoffen sei. Dagegen seien alle Hoffnungen auf eine friedliche Lösung des Balkankonflikts trotz aller Bemühungen der Mächte stark gesunken.

Rom, 5. Okt. Die „Tribuna“ veröffentlicht eine Note, in der alle Nachrichten über ein bereits erzielttes Übereinkommen zwischen der Türkei und Italien kategorisch dementiert wird. Es wird im Gegenteil festgestellt, daß der Friede noch nicht unterzeichnet sei. Italien habe der Türkei eine Frist für eine Antwort festgesetzt, die nur die Annahme oder Ablehnung der italienischen Bedingungen sein könne. Weiter müßten alle Gerüchte über die Art und Weise der italienischen Bedingungen als reine Mutmaßungen betrachtet werden, die es erübrigten, Diskussionen und vollständig verfrühte Polemiken darüber zu eröffnen.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 5. Oktober.

** Die kürzlich in einer hiesigen Zeitung aufgestellte Behauptung, daß die von den Finanzassistenten erstrebte und von der Großh. Regierung im Landtag in Aussicht gestellte Neuregelung der Vergütungen der nichtetatmäßigen mittleren Beamten vergeblich auf sich warten lasse, ist nicht zutreffend. Denn das Finanzministerium hat nach Abschluß der mit den anderen Ministerien hierwegen zu pflegenden Verhandlungen die wegen der anderweitigen Regelung der Vergütungen der Finanzassistenten erforderlichen Anordnungen bereits getroffen; der Vollzug derselben ist im Gange.

Auch die weitere Beschwerde, daß die durch die etatmäßige Anstellung der seitherigen Inhaber frei gewordenen Gehilfenstellen noch nicht wieder besetzt worden seien, ist insofern unbegründet, als nach dem Staatsvoranschlag für 1912/13 es sich nur um eine Umwandlung nichtetatmäßiger in etatmäßige Stellen handelt, insofern eine der Zahl der neu angeforderten etatmäßigen Stellen entsprechende Anzahl von nichtetatmäßigen Gehilfenstellen wegfällt und diese wegfallenden Stellen selbstverständlich nicht wieder besetzt werden können.

** Ende Juni 1913 findet auf Einladung der englischen Regierung der III. internationale Straßenkongress in London statt. Es ist dieses eine regelmäßig alle drei Jahre stattfindende Tagung der Straßenbauingenieure fast sämtlicher europäischer und einer größeren Anzahl außereuropäischer Staaten. Die Leitung liegt in den

Händen einer internationalen Kommission, bestehend aus Vertretern der diese Veranstaltungen durch Geldbeiträge unterstützenden Staaten, zu welchen auch das Großherzogtum Baden gehört. Diese Kongresse verfolgen den Zweck, die Mittel und Wege zu studieren, welche erforderlich sind, die Straßen den neuen Verkehrsverhältnissen anzupassen, wobei insbesondere die Frage der Verminderung und Beseitigung der Staubplage durch die schnellfahrenden Kraftfahrzeuge mit in erster Reihe steht.

An die Beratungen schließen sich Besichtigungen sehenswerter Ingenieurbauten, insbesondere von Straßenanlagen an. In der Umgebung von London ist bei diesem Anlaß Gelegenheit gegeben, nach den verschiedenen Verfahren durch Zementierung staubfrei hergestellte Straßentreden in Augenschein zu nehmen und die Einwirkungen des starken Lastverkehrs auf diese Straßentreden zu beobachten. Die Abwicklung des Straßenverkehrs in London und die verschiedenen Verkehrsmöglichkeiten werden den Besuchern des Kongresses eine Reihe von weiteren Anregungen geben.

Mit dem Kongress ist ferner eine internationale Ausstellung von Straßenbahngeräten und von Materialien sowie von Karten, Plänen, Zeichnungen, Modellen, Geräten, Maschinen und sonstigen mit der Straßenherstellung und -Unterhaltung im Zusammenhang stehenden Gegenständen verbunden. Die Anmeldungen müssen bis spätestens 1. März 1913 erfolgt sein. An dieser Ausstellung wird sich auch die badische Straßenbauverwaltung mit ihrem bezüglichen statistischen Material über die Straßenbauten beteiligen.

Die Einladungen für den Besuch des Kongresses sind vor Kurzem an die ständigen Mitglieder ergangen. Interessenten, welche über den Kongress sowie die Ausstellung nähere Auskunft und die Zustellung von Einladungsschreiben mit den näheren Bedingungen über die Zulassung zum Kongress und über die Besichtigung der Ausstellung sowie die an diese Veranstaltungen sich anschließenden Besichtigungen wünschen, können die bezüglichen Druckschriften vom dem Generalsekretär W. Rees Jeffreys Queen Anne's Chambers, Westminster S. W. London beziehen, wie sie auch jede weitere Auskunft von der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues in Karlsruhe erhalten.

oc. Der badische Eisenbahnerverband, die größte Eisenbahnerorganisation in Baden mit gegen 12 000 Mitgliedern, hat eine Wohnungskommission aus 9 Mitgliedern gebildet, die in den letzten Tagen zu einem Unterrichts- und Studienkurs im Bau- und Wohnungswesen in Karlsruhe zusammengetreten ist. Nach dem Kurs wurde zur praktischen Einsicht- und Kenntnisnahme eine mehrtägige Reise nach allen größeren Städten Württembergs und Bayerns angetreten. Die Mitglieder der Kommission, Arbeiter und Bedienstete der Eisenbahnverwaltung, hatten zu diesem wissenschaftlichen Zweck Urlaub mit Fortbezahlung des vollen Lohns und Freifahrt von der Generaldirektion genehmigt erhalten. Diese Unterstützung der Eisenbahnverwaltung verdient volle Anerkennung.

w. Mannheim, 5. Okt. Der Stadtrat hat in seiner gestrigen Sitzung den Vertrag der Stadtgemeinde mit dem Deutschen Künstlerbunde wegen der im Jahre 1913 in der hiesigen Kunsthalle zu veranstaltenden großen Ausstellung genehmigt.

□ Heidelberg, 3. Okt. Die Kommission für die Geschichte der Stadt hat am 30. v. M. in Gemäßheit eines ihr vom Stadtrat erteilten Auftrags die Frage der weiteren Behandlung der Ausgrabungen auf dem Ludwigsplatz beraten und, nachdem in den letzten Wochen ein geometrischer Plan über das frühere Augustinerkloster hergestellt worden ist, angeregt, daß auch noch genaue photographische Aufnahmen der aufgedeckten Mauerreste sowie ein Modell der ganzen Anlage angefertigt werden möchten. Die Kommission hat ferner beantragt, daß die aufgefundenen, übrigens nicht schon ursprünglich im Kloster angebracht gewesen, sondern dahin offenbar erst später aus Heidelberger Friedhöfen zur Verwendung als Bodenbedeckplatten transferierten, lokalgeschichtlich interessanten Grabsteinsplatten, die im Freien der Gefahr rascher Verwitterung ausgesetzt sind, alsbald ausgehoben und in die städtischen Sammlungen überführt werden sollen. Endlich wurde von der Kommission der dringende Wunsch ausgesprochen, daß auf der Nordseite des Mittelkirchens der Kirche und im Chor der Kirche noch mit möglichem Aufwand weitere Nachgrabungen vorgenommen werden möchten. Zu der Frage etwaiger dauernder Erhaltung einzelner alter Bauteile im Rahmen der beabsichtigten Neuanlage des Ludwigsplatzes hat die Kommission noch keine definitive Stellung genommen, indes jetzt schon Zweifel darüber geäußert, ob sich eine vom ästhetischen Standpunkt aus vertretbare und mit den Anforderungen des Verkehrs in Einklang zu bringende Lösung finden lassen werde, vor allem aber auch, ob die aufgedeckte Anlage bedeutend genug sei, um dauernd konserviert zu werden. Der Stadtrat hat die zurzeit vorliegenden Anträge der Kommission genehmigt.

St. Blasien, 4. Okt. Die nun geschlossene Bezirksversammlung für die Nationalflugpende hat im Amtsbezirk St. Blasien 710 M. 20 Pf. erbracht.

oc. Pfullendorf, 4. Okt. Bei der Gemeinderatswahl auf 3 Jahre wurden wie bei der Wahl auf 6 Jahre, 2 Liberale und 2 Mitglieder des Zentrums gewählt.

Aus der Residenz.

* Der Verein Karlsruher Presse (Journalisten- und Schriftstellerverein) veranstaltet am Samstag den 12. Oktober, anlässlich des 25jährigen Berufsjubiläums seines Vorstandsmitgliedes, des Chefredakteurs Albert Herzog, einen Bankettabend. Von den Dichtern der niederrheinischen Heimat des Jubilars haben Dr. W. Bloem, der Verfasser der Kriegsromane „Das Eiserne Jahr“ und „Volk wider Volk“, Rudolf Herzog, der Dichter der „Wiskottens“, „Sanjeaten“ und „Burgfinder“, und Major J. Rauff, der neben seinen vaterländischen Schauspielen vor allem durch seine niederrheinischen Romane „Wittje Wittjewit“, „Kärrekeel“ usw. sich einen Namen schuf, ihre Teilnahme an diesem Ehrenabend ihres Landesmannes angemeldet.

* Die Schwarzwälder Volkskunstausstellung in der Großh. Landesgewerbehalle erfreut sich eines so großen Interesses, daß sich die Leitung entschlossen hat, die Ausstellung, die morgen Sonntag geschlossen werden sollte, noch bis einschließlich Mittwoch den 9. d. M. offen zu halten.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Die Ereignisse auf dem Balkan.

Sofia, 5. Okt. Mehr als 95 Prozent der Reservisten sind der Einberufungsordre gefolgt. Die letzten, die sich gestellt haben, sind bereits zu ihren Truppenteilen abgegangen. Die patriotischen Kundgebungen dauern fort. Die Städte sind von Soldaten überfüllt, die freudig begrüßt werden und bei der Abfahrt Gegenstand herzlicher Ovationen sind. Unaufhörlich strömen in großer Zahl Freiwillige zur Fahne. Viele Frauen und Mädchen lassen sich beim Komitee des Roten Kreuzes als Krankenpflegerinnen einschreiben.

Paris, 5. Okt. Nach einer offiziellen Meldung wird in der von Frankreich vorgeschlagenen Note erklärt: 1. Die Mächte mißbilligen die kriegerische Haltung der Balkanstaaten. 2. Die Mächte werden keine Veränderung des territorialen Status quo auf dem Balkan gestatten. 3. Die Großmächte werden die Verwirklichung der Reformen in Mazedonien selbst in die Hand nehmen. — Der „Matin“ bemerkt hierzu, England habe seine Zustimmung zu dieser Note noch nicht erteilt, was sehr bedauerlich sei. Gegenüber anders lautenden Meldungen behauptet das Blatt, die Türkei habe bereits bekannt gegeben, daß sie die Intervention der Mächte behufs Verwirklichung der Reformen zulasse.

Sofia, 5. Okt. In der Thronrede bei der Eröffnung der Sobranje führte der König aus: Die allgemeine Mobilisation in unserem Lande hat die Verhängung des Belagerungszustandes im ganzen Königreiche notwendig gemacht. Gemäß Artikel 73 der Verfassung sind sie zusammenberufen worden, um dem Erlaß, betreffend die Erklärung des Belagerungszustandes Ihre Zustimmung zu geben und ebenso andere gesetzliche Maßnahmen anzunehmen, die durch die schwere Zeit bedingt sind, die unser Vaterland durchzumachen hat.

Wien, 5. Okt. St. „R. Fr. Pr.“ sind keine Vorbereitungen zur Mobilisierung der österreichisch-ungarischen Flotte im Gange.

Meiningen, 5. Okt. Staatsminister Dr. Rudolf von Biller, der vor kurzem seinen 80. Geburtstag feierte, ist heute morgen hier gestorben.

Straßburg i. El., 5. Okt. Auf Grund des § 7 des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 und des § 9 des zu seiner Ausführung erlassenen Gesetzes vom 5. August 1912, ist durch Ministerialverfügung vom 30. September d. J. die Verordnung vom 10. Juli 1899, betreffend das Verbot der Einfuhr von frischem Rindfleisch aus Belgien aufgehoben worden.

Verschiedenes.

Stuttgart, 5. Okt. Durch den starken Frost in der vergangenen Nacht wurde an der Pflanzenwelt, insbesondere an den Weinbergen großer Schaden angerichtet. In Stuttgart betrug die Temperatur 1 Grad, auf der Alb und auf dem Schwarzwald 4 bis 5 Grad unter Null.

Leipzig, 4. Okt. Der Tod des bisherigen deutschen Konsuls v. Neben ist durch Selbstmord erfolgt. Die Tat hatte dem „N.“ zufolge drei Ursachen: die Abberufung v. Neben von Leipzig, seine Erkrankung an Blinddarmentzündung und der Umstand, daß der Ehe mit seiner Geliebten, die mit ihm gemeinsam aus dem Leben schied, Hindernisse im Wege standen. v. Neben scheint den Selbstmord schon längere Zeit geplant zu haben. Nach vorgefundenen Aufzeichnungen scheint Fräulein Birckhoff schon vor einigen Tagen ihre Zustimmung zu dem Selbstmord gegeben zu haben. Kurz bevor Neben zu der verhängnisvollen Tat schritt, beauftragte er den Konsulatssekretär Jakob Ganz telegraphisch, sofort in seine Wohnung zu kommen. Als Ganz dort eintraf, fand er die Leiche seines Vorgesetzten und dessen tödlich verwundete Geliebte, die kurz darauf starb.

Verantwortlich für die Redaktion:

Chefredakteur E. Amend in Karlsruhe.

Druck und Verlag:

G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe

E. Büchle Inh.: Kunsthandlung und Rahmenfabrik, Karlsruhe i. B. Kaiserstraße 128, zwischen Wald- u. Karlstr. Größtes Spezialgeschäft für gediegenen C.278

Wandbilderschmuck, Bildereinrahmungen Willkommene Hochzeits- und Verlobungs-Geschenke.



Biologische Abwasser-Kläranlagen. Einrichtung von Kurbädern, Krankenhäusern. — Warmwasser-Berollungs- und Heizungs-Anlagen — Emil Schmidt & Cons., Ingenieure.

Anerkannt vorzügliche Qualitäten **MIGNON** - KAKAO SCHOKOLADE **DAVID SÖHNE A.G.** HALLE a.S.

Nur 15
Pfennig in Briefmarken kostet
Dr. Stetzners Lehrbuch der
interessanten und leicht er-
lernbaren verbesserten Welt-
sprache Esperanto beim Es-
peranto-Verband, Leipzig,
Kreuzstr. 2. D.404

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft, A.-G.
KARLSRUHE
Kaiserstrasse 146 — Telephon 840 u. 900
Kapital Mk. 50000000.—
Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte.
Vermittlung und Unterbringung von Hypo-
thekengeldern unter günstigster Ver-
zinsung der hinterlegten Beträge bis
zum Anlage-Termin. D.128
Stahlkammer.

DEUTZER DIESEL-MOTOREN

Deutzer Patent-Teeröl-Diesel-Motoren
erhielten auf der Hygiene-Ausstellung Dresden den
Königlich Sächsischen Staatspreis
die höchste Auszeichnung.
Gasmotoren - Fabrik Deutz
Ingenieur-Bureau Werkstatt **Karlsruhe.** Eigene Monteur-Lager

Größtes Spezialhaus
in
Bürstenwaren
als
Zahnbürsten Handbürsten
Nagelbürsten Rehbürsten
Kopfbürsten Teppichbürsten
Kleiderbürsten Hofbürsten
Gesichtsbürsten Straßenbürsten
Hutbürsten Aloetbürsten
Taschenbürsten Wischbürsten
Badebürsten Silberbürsten
Kammreiniger Hundebürsten
Kafferpinsel Pferdebürsten
Möbelbürsten Gyrubber
Tafelbürsten Fußbürsten
in D.230
Rammwaren
jeder Art und Größe
Schwämme, Fensterleder,
Türvorlagen.
Herm. Ries
Ede Lammitz u. Friedrichsplatz

Für die Reise und den Herbstaufenthalt

Basel Hotel Basler Hof nächst dem bad. Bahnh. Schöne Zimmer mit guten Betten von Fr. 1.50—3.—. Elektr. Licht. Zentralheizung. Bäder. Best. empfohlen. Münchener Bierstube, Biergarten. Vollständige Pension von Fr. 5.— an. D.334

Bordighera Hotel Kurhaus Cap Ampeglio Diät-Kuren, Hydro- und Elektrotherapie. Zwei Aerzte im Hause. — Prospekte verlangen. D.295

Capolungo bei Nervi. Schickert's Park-Hotel, D.O.V., 30000 im Park, Meerbäder, direkt. Zugang zur Strandpromenade von Nervi. Geschützte Lage. Prosp. gratis. Bes. M. F. Schickert aus Mainz. D.399

Orselina (Südschweiz) 200 m über Locarno. Drahtseilbahn. Hotel Kurhaus. Gut bürgerliches Haus m. allem Komfort und prachtvoller Aussicht auf Lago Maggiore. Für Herbst- u. Winterkuren besond. zu empfehlen. Pension v. Fr. 5.50 an. C.955

Von der Reise zurück
Dr. Blattner, Kinderarzt
Amalienstraße 31. D.387

Paris Gd. Hôtel Violet 11/12 Pass. Violet (Fbg. Poissonnière). Nächst der Bahnhöfe und Boulevards. Gänzlich renoviert. Bäder. Ruhige Lage. Deutsches Haus. H. Castrop. D.60

Pfäffikon (Zürcher Oberland) 650 m ü. M. Familienpension „Waldfrieden“, dir. a. Tannenw. Herrl. Blick a. See u. Alpen. Bäd. (a. Sommerbäder). Zentralheiz., elektr. Licht. Pens. v. 4 Frs. an. Das gze. Jahr geöffnet. Pros. Familie Eppeler.

Rapallo (Genua). Mittelpunkt herrlicher Ausflüge. Grd. Hotel Savoia u. Pens. Rapallo Poste. Am Meere, Stadtpark und der neuen Strandpromenade. Mäßige Preise. Prospekte. A. Bottinelli, Dir. D.395

Roma Grand Hôtel Marini Premier Ordre.

Wiesbaden Hotel Fürstenhof. Prachtv. Lage, gegenüb. Kurhaus u. Park. Thermalbad auf jed. Et. Mod. Komf. Zimmer von M 3 m. Pens. v. M 8 an. Bes. J. Frei.

Ein unverbindlicher Be-
such der Ausstellungs-
räume der
Hofmöbel-fabrik
J.L. Distelhorst
in Karlsruhe, Waldstr. 30/32
bietet einen Überblick
über die ungewöhnlich
reichhaltige Auswahl
geschmackvoller
Wohnungs-Einrichtungen
in den verschiedensten
Preislagen
Die Hofmöbel-fabrik
J.L. Distelhorst
liefert auch einfache aber
gediegene Möbel und
leistet weitgehendste
Garantie für
erstklassige Arbeit.

Residenz-Theater
Beliebteste Licht-Bühne Karlsruhes
Programm.
Wochenschau des Residenz-Theaters.
Die Truppe Jakopi. Variété-
Nummer.
Der Totentanz. Der Lebens- und Liebesroman
einer Künstlerin.
Asta Nielsen in der Hauptrolle.
Das Gasthaus von Tohu-Bohu. Lustspiel.
Mulike ist verlobt. Humoreske.
Die Schmiede im Walde. Tonbild.
30 Waldstraße 30 D.406

Oberrheinische
Versicherungs-Gesellschaft
in Mannheim.
C.936

Städtische Sparkasse Wiesloch
mit Gemeindebürgerschaft
Wir nehmen **Spareinlagen**
bis zu 20000 Mk. an und verzinsen dieselben mit 4 Prozent
Tägliche Verzinsung. D.221

Pelzwaren
Beste Kürschnerware
Sehr preiswert.
Weltbekanntes
Spezial-Haus
Grosskürschnerrei
Unerschöpfliche
Auswahl
Lager u. Vertreter
in Leipzig
Karlsruhe i. B. Kaiserstr. 125/127.
Besonders große Auswahl in
Damen-Pelz-Jacken u. -Mäntel
Chico elegante Neuheiten
Eigene und aparte Modelle, sowie
vornehme, gediegene Façons
Herren-Pelze, Offizier-Pelze
Auto-Pelze
Auswahlsendungen bereitwilligst.
Verlangen Sie gratis und franko Zusen-
dung unseres Pelz-Mode-Blattes, Jour-
nals und Katalogs. D.405
Hervorragende
Maß-
Anfertigung
in eigen. Ateliers mit
persönl. Leitung
Vorzüglichster Sitz
u. Ausführg. garant.
Besondere Vorteile
Grand Prix
Goldene Medaillen.

Das beste Bett der Welt
das elegant, gesundheitlich unerreicht und
im Verhältnis zum Material billig ist,
Steiners Paradiesbett
wollten Sie nicht kaufen?
Sie würden wirklich den größten Fehler
begehen, wenn Sie sich dies Bett nicht an-
sehen und den Unterschied gegen andere
erklären lassen wollten.
Fabrikpreise. — Versand franko
in ganz Deutschland
Paradiesbettenhaus
Reformhaus Neubert
Kaiserstrasse 122. D.272